



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884 - 88
Fernschreiber 0886690

P/XIII/156 - 15. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die Stunde von Bagdad Menetekel für den Westen	51
2 - 3	Atombomben für General Massu? CDU-Argumente gegen die Atomrüstung der Bundeswehr	66
3 a	Salvador de Madariaga auf dem Kriegspfad Ein schlechter Ratschlag in der Deutschlandfrage	49
4 - 5	Mörder im weißen Kittel Nach Eisele der Fall Herta Oberhäuser	77
6 - 7	Der Bonner Regierungsumpf Peinliche Anfragen der Opposition	72

* * * * *
* * * * *

Die Stunde von Bagdad

sp - Wenige Stunden vor Beginn der geplanten Zusammenkunft der mohammedanischen Mitgliedstaaten des Bagdadpaktes in Istanbul zerstörte die Militärrevolution im Irak einen der wichtigsten Pfeiler westlicher Bündnispolitik im Nahen Osten und setzte zugleich allen Hoffnungen ein Ende, dass diese Allianz in der Lage wäre, die Dinge im Libanon in einem für London, Paris und Washington günstigen Sinne beeinflussen zu können. Trotzdem aber hat es leider nicht den Anschein, als hätten die westlichen Grossmächte begriffen, dass dem Aufstand in Bagdad eine innere Sprengkraft innewohnt, die sich mit den klassischen Kategorien orientalischer Putschs kaum mehr messen lässt. Denn wie wäre sonst die Auffassung zu vertreten, mit Hilfe westlicher Eingreifreserven und dem Auslaufen anglo-amerikanischer und französischer Flotteneinheiten ins östliche Mittelmeer die revolutionäre Entwicklung aufhalten zu wollen.

Jene so obskure Legende, dass die sowjetische Aussenpolitik hinter jeder Aufstandsbewegung im Nahen Osten stehe, hat sich in einer peinlichen Weise ad absurdum geführt. Die Völker zwischen Kaukasus und Golf von Aden sind in einer Umbruchstimmung, die jenseits aller Schwachzüge west-östlicher Diplomatie zu einem beherrschenden Faktor der Weltpolitik aufgestiegen ist. Eine Stimmung übrigens, die nicht erst seit dem Jahre 1945 existiert. Schon einmal versuchten irakische Generale, ihr Land aus der Abhängigkeit Grossbritanniens herauszuführen. Es war 1941, aber damals erwies sich als Retter Englands jener Mann, den eine aufgebrachte Menschenmenge am 14. Juli wahrscheinlich tötete: Iraks starker Mann, der Ministerpräsident Nuri -es Said. Seit dreissig Jahren hatte dieser mit autoritären Massnahmen die Geschichte des Landes und zu einem grossen Teil auch der Nachbarstaaten bestimmt. Aber schon die Revolution am Nil und die Suez-Krise haben deutlich gemacht, dass die Ära der englandfreundlichen Paschas im Nahen Osten zu Ende ist. Trotzdem aber hatte Nuri -es Said nichts getan, um sein Land auch offiziell in jene Richtung zu lenken, der die Zukunft gehört: die des all-arabischen Staates. Nun haben ihn jene Kräfte zu Fall gebracht, gegen die er immer angekämpft hatte: die jungen nationalen Offiziere, die Intelligenz und das Proletariat des Irak.

Es ist nicht von ungefähr, dass die militärischen Revolutionäre in Bagdad dem Volksstamm der Kurden angehören. Denn wo auch immer in den letzten Jahren Aufstände östlich des Jordan ausgebrochen sind, waren kurdische Offiziere beteiligt. Das Fatah von Bagdad wird nicht innerhalb der Grenzen des Irak bleiben, sondern seine Flammenzeichen auch auf jenes Land ausbreiten, das dem Irak benachbart ist, nämlich auf Persien. So ist es nicht verwunderlich, dass in Teheran bei Bekanntwerden der Ereignisse in Bagdad Bilder des ehemaligen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadek auftauchten, jenes Mannes, der als erster den britischen Interessen im Nahen Osten den tödlichen Schlag versetzt hatte.

Dem Westen aber gibt die Revolution des Irak eine wichtige Lehre auf: umzudenken und seine Politik radikal zu ändern. Schon George Kennan, der kluge amerikanische Diplomat, hatte seinerzeit darauf hingewiesen, dass Europa den Gedanken aufgeben müsse, die Länder des Nahen Ostens als von ihm abhängige Öllieferanten sehen zu wollen. Die Revolution in Bagdad ist ein Meilenstein zur arabischen Unabhängigkeit. Damit hat sich Europa endgültig abzufinden.

Atombomben für General Massu?

EE. - Die SPD hat den Absichten der CDU-Regierung Adenauer, die Bundeswehr atomar umzurüsten, von Anfang an heftigsten Widerstand unter anderem deswegen entgegengesetzt, weil die Beteiligung der Bundesrepublik an atomaren Rüstungswettlauf und die damit zwangsläufig verbundene Ausweitung der Zahl der Atomwaffenmächte jede effektive Kontrolle des Besitzes und der Anwendung dieser Waffen praktisch unmöglich machen muß. Die CDU und ihre Bonner Aufrüstungsregierung hat bei diesem zwingenden Argument der SPD bis heute überhaupt kein Gegenargument entgegenstellen können, und sie sind deshalb der Diskussion über diesen entscheidenden Einwand gegen ihr Verlangen nach Atomwaffen bisher einfach ausgewichen.

Nun aber hat die unermüdlich warnende Kritik der SPD an der von ihr als schlecht und schädlich erkannten sogenannten Sicherheitspolitik der Adenauer-Regierung sogar eine starke Unterstützung aus dem Lager des Kanzlers selbst erfahren. Einer der eifrigsten publizistischen Förderer der Adenauer-Politik, der in der Schweiz lebende amerikanische Staatsbürger Dr. Robert Ingram, der allmorgentlich in dem CDU-Blatt "Bonner Rundschau" politisch leitet, ist diesmal im Fieber des Gefechts, das er zum Schutze der nicht nur nach seiner Ansicht von de Gaulle bedrohten Vormachtstellung Bonns geführt hat, in die sozialdemokratische Argumentation hineingeraten.

Ingram macht sich zum Anwalt der amerikanischen Besorgnisse gegen eine Atomrüstung Frankreichs, die sich aus der unsicheren innerpolitischen Situation dieses Staates ergeben und auf eine "lange Reihe militärischer Unbeträglichkeiten und Eigenmächtigkeiten" gründen, die schon in Indochina begonnen habe. Amerika könne, so betont Ingram, nur dem Staat die Atombombe geben, von dem es wisse, daß er sie nie ohne Zustimmung Washingtons verwenden werde; und Amerika könne die Atombombe nur einer starken Regierung überlassen, die eine starke, auch im Gehorsam starke Armee habe.

Daß der Kanzler-Propagandist und US-Staatsbürger Dr. Ingram

offen erklärt, daß nach seiner Ansicht das Frankreich des Gaulles - zumal sich der General jetzt Soustelle als Informationsminister geholt hat; eine Entwicklung, die Ingram mit der Kombination Hitler-Geebels gleichsetzt - diesen beiden Voraussetzungen nicht entspricht, das mag, zumal diese Ketzerei gegen den Gesprächspartner des Bundesverteidigungsministers in einem CDU-Blatt zu lesen ist, mehr die beiden Außenministerien in Paris und Bonn interessieren.

Für das deutsche Volk ist hier wichtig, daß der amerikanische CDU-Journalist im Prinzip in aller Eindeutigkeit die von der SPD wiederholt geäußerten Gefahren bestätigt, die sich aus der Ausweitung der Zahl der Atomwaffenmächte für jede Kontrollmöglichkeit ergeben müssen. Wenn der unge Rahmen des noch kontrollierbaren Dreier-Atomklubs einmal gesprengt ist - durch Frankreich, durch die Bundesrepublik -, dann kann es kein Halten mehr geben, denn welchem anderen Staate wollte man dann den Besitz dieser Atomwaffen verweigern können?

Ingram legt den Finger genau auf den wunden Punkt, wenn er schreibt: "Wäre nicht am 8. Februar auf Sakiet-Sidi-Jussef eine Atombombe gefallen, wenn General Massu sie gehabt hätte?". Ingram hat völlig recht: Die Folgen des Atombombenabwurfs auf das tunesische Grenzdorf wären unabsehbar gewesen. Ingram hat nur vergessen, die unabweichlichen Konsequenzen zu ziehen, die sich aus seiner klaren Erkenntnis ganz allgemein ergeben müssen; einer Erkenntnis im Übrigen, die auch das Eingeständnis einbezieht, daß es in Fällen wie dem von Sakiet-Sidi-Jussef ganz offensichtlich auch nach der Meinung des Amerikaners Ingram durchaus möglich sein könnte, Atombomben ohne die Zustimmung Washingtons abzuwerfen!

Die unerbittliche Konsequenz aus der Erkenntnis des amerikanischen CDU-Journalisten Dr. Ingram in der CDU-Zeitung "Bonner Rundschau" heißt: Hände weg von den Atomwaffen! Keine Ausweitung des Atomklubs! Schluß mit dem Atomrüstungswettlauf! Die Erkenntnis Ingrims stützt als gewichtige Stimme aus dem Adenauer-Lager die Forderung der SPD, die Bundeswehr nicht atomar umzurüsten.

Salvador de Madariaga auf dem Kriegspfad

ler - Der Star-Schreiber der "Neuen Zürcher Zeitung" und grosser Bewunderer der Adenauerschen Politik, Salvador de Madariaga, bezeichnete das einstimmige Verlangen des Deutschen Bundestages nach Bildung einer Viermächte-Gruppe, die gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage ausarbeiten soll, zwar nicht als moralisch verwerflich, aber als politisch unangemessen. In einer längeren Betrachtung in der Sonntagsausgabe der "Zürcher Zeitung" beweist Madariaga die Unmöglichkeit "mit der Sowjetunion zu verhandeln", da diese jedes Abkommen breche und die Tinte und das Papier nicht wert wäre, die man dazu verschwenden müsste. Nur um den Preis der Ehre und der Sicherheit des Westens könnte man zu einem Übereinkommen mit den Sowjets kommen, meint dieser ehemalige spanische Aussenminister "und auch dann nur mit der düsteren Gewissheit, dass jedes Abkommen bei der sich bietenden Gelegenheit von der Sowjetunion nicht eingehalten würde".

Das Europa- und Russlandbild, das Madariaga in dem erwähnten Artikel entwirft, enthält keine neuen Züge, es ist das Bild eines Mannes, der in den Kategorien des Kalten Krieges denkt und von ihnen so befangen ist, dass es sogar die Fähigkeit objektiver Wahrnehmung trübt. Gewiss danken die westlichen Atom Sachverständigen, die mit russischen Experten in Genf über die Möglichkeit der kontrollierten Einstellung nuklearer Testexplosionen verhandeln, nicht daran, die Ehre und die Sicherheit des Westens dabei aufs Spiel zu setzen. Wäre Washington, das diese Wissenschaftler nach Genf entsandte, des gleichen Glaubens, wie dieser Kreuzfahrer des Kalten Krieges, dann würde es um die Zukunft der Menschheit freilich düster bestellt sein.

Der Beschluss des Bundestages wurde aus der wohlverwogenen Erkenntnis geboren, die deutsche Wiedervereinigung lasse sich nicht mit der Sowjetunion gegen die Westmächte oder mit den Westmächten gegen die Sowjetunion erreichen, sondern nur durch eine Übereinkunft mit allen Vieren. Madariaga fragt: "Wie will man Deutschland vereinigen, ohne die Sowjetzone zu befreien? Wie will man die Sowjetzone befreien, wenn man die anderen Satelliten davon ausschliessen will? Sind die drei Parteien in Westdeutschland bereit, Moskaus Herrschaftsanspruch auf alle Satelliten als Preis für die Befreiung der Sowjetzone anzuerkennen? Wenn sie dazu bereit wären, dann wären sie damit in den engstirnigsten Nationalismus vergangener Tage zurückgefallen und hätten jenes wirkliche Europa verraten, dessen eifrige Befürworter sie doch sind".

Das Rezept des grossen Verehrers Konrad Adenauers läuft, besteht man es auf seinen Kern hin, auf die Festigung des Status quo oder aber auf die Entfesselung eines Krieges hinaus; als dessen Ergebnis die Sowjetunion gezwungen sein müsste, die Sowjetzone zurückzugeben und den Völkern des Ostblocks die Freiheit zurückzuerstatten. Der Bundesrepublik käme hier die Rolle eines Spitzenreiters zu. Dass ein solches Rezept weder Deutschland wiedervereinigen kann, noch den Ostblockvölkern die Freiheit gibt, übersieht Madariaga, wie auch seine tödlichen Folgen, wenn es jemals angewandt würde. Für alle wäre es nämlich ein gemeinsamer Untergang. Was dieser Spanier, der einst bessere Tage gesehen hat, als politischen Leitfadon anbietet, ist eine Politik des Wettlästens und der Fortsetzung des Kalten Krieges.

Mörder im weissen Kittel

K.J. Es ist gar nicht leicht für einen Arzt, zur Kassenpraxis zugelassen zu werden. Wer irgendwo in der Bundesrepublik eine Sprechstunde aufmacht, der muss erst jahrelang mit den immer rarer werdenden Privatpatienten vorliebnehmen, bis er zur Zulassung zu den gesetzlichen Krankenkassen "ansteht". Nicht wenige Ärzte müssen sich so mit Aushilfsarbeiten bei Kollegen durchschlagen, viele bleiben als Assistenten wider Willen in der Mühle der Krankenhäuser mit ihrer Sechzig- oder Siebzigstundenwoche. Manchen, der mutig freipraktizierte, zwang das leere Wartezimmer zur Aufgabe seines Berufs.

Und wie steht es um den Arzt, der einen Kunstfehler begeht oder dem ein Patient wegstirbt, weil von ihm oder seinen Helfern fahrlässig gehandelt wurde? Man entzieht ihm die Approbation, er muss den Beruf an den Nagel hängen. In einem oder anderen Fall machen ihn die Gerichte Schadensersatzpflichtig, so dass er zeitlebens aus der moralischen wie der finanziellen Schuld nicht herauskommt. Und dabei kam sein Versagen nicht aus Vorsatz und nicht aus bösem Willen.

Alles das muss einmal ganz klar gesagt werden, da heute wieder praktizierende KZ-Ärzte in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten, Ärzte, die bewusst und vorsätzlich gemordet haben. Wie schlecht das Gewissen des Buchenwalder SS-Arztes Eisele gewesen sein muss, beweist seine Flucht nach Ägypten. Der uniformierte Stockknecht Sommer beschäftigte die Gerichte acht Jahre, bevor er lebenslänglich im Gefängnis verschwand - die weissbekittelten Mörder erfreuen sich noch weit grösserer Nachsicht, weil angeblich niemand von ihren Verbrechen wusste und der Kriminalpolizei die Beschuldigungen "zu summarisch" waren, so dass die Staatsanwälte keinen Haftbefehl erlassen können.

Der SS-Arzt Eisele aus Buchenwald ist nicht der einzige Mörder unter uns, der wieder als Mediziner praktizieren konnte und zu dem ahnungslose kranke Menschen gelaufen kamen - es gibt mehr davon. Da ist z.B. die ehemalige KZ-Ärztin Dr. Herta Oberhäuser. Als fanatische Nationalsozialistin meldete sie sich im Dritten Reich freiwillig zum Dienst in KZ-Lagern, um dort die menschenvernichtende Politik Hitlers in eigener Regie zu praktizieren. Bekannt sind vor allem ihre Sterilisationen an inhaftierten Frauen und darüber hinaus manches andere verbrecherische Experiment an lebendigen Menschen. Ist es wirklich bekannt? Offenbar nicht der Ärztekammer von Schleswig-Holstein, denn dort amtisiert die Oberhäuser seit Jahren bereits wieder als amtlich zugelassene Ärztin. Die Verantwortlichen schienen jedenfalls nicht zu stören, dass die KZ-Ärztin 1947 von einem alliierten Gericht

für ihre Untaten zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, dann aber nach fünf Jahren routinemässig amnestiert worden war. Im Normalfalle wird ein Mediziner mit diesem Strafurteil nie wieder approbierter Arzt werden können - im Falle der Oberhäuser ging das ebenso glatt wie bei dem Buchenwalder KZ-Mörder Eisele.

Es herrscht eine eigenartige Schizophrenie bei den zuständigen Behörden, für die alliierte Gerichtsurteile irgendwie geringwertig - manchmal vielleicht sogar suspekt - sind. "Die Alliierten, ja, die haben eben als Sieger nach dem Kriege kraft ihrer Machtfülle pauschal besonders exponierte Verlierer bestraft!" ... wird argumentiert. Und die ganz Hartgesottenen erklären: "Was schert uns das alles? Die Leute haben uns ja nicht weh getan, sondern irgendwelchen ausländischen Gefangenen". Manche begnügen sich mit der lapidaren Entschuldigung, die damals Verurteilten hätten ja wohl genug gebüsst. Müssen erst die Öffentlichkeit Skandale wie der Sommer-Prozess, die Flucht des KZ-Doktors Eisele und die Proteste ausländischer Ärzteverbände erregen, bis man sich zu der Untersuchung bequemt, ob Mörder wieder Ärzte sein dürfen?

Sicher werden sich heute die Verantwortlichen, die einem Eisele und einer Oberhäuser die Zulassung zur Arztpraxis gegeben haben, damit entschuldigen, nichts von den Verbrechen dieser "Ärzte" gewusst zu haben. Hier muss man die Fragen aufwerfen: Nach welchen Gesichtspunkten werden Ärzte zugelassen? Gehört nicht zur Antragstellung der lückenlose Lebenslauf des Betreffenden? Konnten die Eisele und Oberhäuser ihre Vergangenheit und die Bestrafung durch alliierte Gerichte totschweigen? Fiel da niemandem etwas auf? Wenn ein Sowjetzonenflüchtling, ein Spätheimkehrer, ein politischer Häftling von drüben hier um seine Approbation als Arzt nachsucht und später zur Kassenpraxis zugelassen werden will, pflegt man recht gründlich Voraussetzungen und Vergangenheit zu untersuchen. Warum nicht bei Hitlers KZ-Ärzten?

Es ist schlimm, wenn heute ein "Oberreichsanwalt" Lautz 750,-- DM Pension bekommt, ein Justizmörder mit einer ungeheuerlichen Blutschuld - schlimmer noch ist es, wenn Juristen wie der Volksgerichtshof-Staatsanwalt Jaager heute in Flensburg wieder "Recht" sprechen können, die damals das Unrecht zur Maxime ihres Handelns machten. Am schlimmsten aber ist es wohl, wenn perfekte Mörder und vorsätzliche Verbrecher gegen die Menschlichkeit, wieder den Arztkittel anziehen durften. Wer einmal bewusst Gift spritzte, der hat auf Lebenszeit das Recht verwirkt, kranke Menschen zu behandeln.

Die Mörder sind unter uns. Der KZ-Ärztin Herta Oberhäuser sollte jedenfalls nicht durch eine langatmige Untersuchung, bei Aufrechterhaltung ihrer Zulassung, die Möglichkeit gegeben werden, ins Ausland zu fliehen.

Der Bonner Regierungssumpf

"Bestechung (sei sie aktiv oder passiv) ist kein 'Kavaliersdelikt', sondern eine strafbare Handlung; wer sich ihrer schuldig macht, verstößt gegen das Gesetz und hat ohne Ansehen der Person die Folgen zu tragen."

(Deutschland-Union-Dienst, 25.11.57)

U. D. Bonn hat seinen "Sherman-Adams-Fall". Was in Amerika seit Wochen zu Debatten Anlaß gibt, hat in Bonn eine Parallele gefunden. Beide Male konnten die engsten Mitarbeiter der mächtigsten Männer im Staat nicht widerstehen, als ihnen Geschenke angeboten wurden. Eisenhowers Assistent Sherman Adams ließ sich einen wertvollen Mantel und einen Teppich schenken, außerdem vierstellige Hotelrechnungen bezahlen; Adenauers persönlicher Referent, Ministerialrat Kilb, konnte nicht nein sagen, als die Versuchung in Gestalt von rassistischen Mercedeswagen an ihn herantrat. Für Adams hat die Sache keine Konsequenzen gehabt; von Kilb weiß man bisher nur, daß er neuerdings bei Euratom in Brüssel arbeitet. Ob für diese Versetzung die Bonner Korruptionsaffäre eine Rolle spielte, darüber schweigt sich der Bundeskanzler aus. Immerhin ist Euratom eher das Gegenteil als eine strafweise Versetzung, zumal sich Kilb dort erheblich besser steht. Mit dem EWG-Präsidenten Hallstein kann er sich jetzt darüber beraten, wie man einen Prozeß am besten in die Länge zieht.

Sinnigerweise waren die beiden Mercedes, die Kilb nacheinander fuhr bei der Firma nicht als Geschenke in den Büchern geführt, sondern als "Leihwagen". Die Tarnung ist dürftig. Jedes Kind weiß, daß das Auto-Mieten Geld kostet. Für gewöhnliche Sterbliche nämlich bei einem Mercedes 220 - so einen fuhr Kilb zuletzt - runde 16 000 DM, wenn man ihn ein Jahr lang fahren will. An diesem Richtsatz also läßt sich in Mark und Pfennig die Höhe der Kilb'schen Verstrickung errechnen. Das Strafgesetzbuch nennt das schlicht "einfache passive Bestechung".

Mit welchen Gefälligkeiten hat sich Kilb revanchiert? Seine Möglichkeiten dürften als nicht zu gering eingeschätzt werden. Jedenfalls hat das die Firma Daimler-Benz (Aufsichtsrat-Vorsitzter: Hermann Abs) getan, denn sie hat sich die Sache eine Stange Geld kosten lassen. Sie hat das Interesse, zu jeder Zeit und überall gegenüber Konkurrenten wie BMW und Opel ihren Monopolanspruch auf Ministerwagen zu verteidigen. Ein legitimes Bemühen, soweit es mit erlaubten Mitteln geschieht. Das suspektere

"Leihwagen-Geschäft" jedoch dürfte nicht zu den erlaubten Mitteln zählen. Bestechung ist nicht nur das Übergeben von Geschenken, sondern auch das Gewähren von Vorteilen, wozu auch die Befriedigung des Geltungsbedürfnisses und des Ehrgeizes gehört, wie einmal das Oberlandesgericht Oldenburg entschieden hat. Eine treffliche Definition für den Rang, mit Luxusautos zu fahren. Wenn also kinfert, so wird man bei Daimler-Benz godacht haben, im Bundeskanzleramt neue Autos anzuschaffen sind, wird der Ministerialrat gewiß für Mercedes plädieren. Sein Wort wird besonders schwer wiegen, weil in diesem Amt mit Recht jeder meint, Kilbs Meinung werde auch die des Kanzlers sein.

Die Vorteile aus der Mercedes-"Leihwagen-Zentrale" sind aber nicht nur auf so verhältnismäßig niedrige Dienstgrade wie die eines Ministerialrates beschränkt geblieben, sie reichen noch höher hinauf. Dabei zeigt sich in erschreckender Weise, daß hohe Repräsentanten des Staates mit auskömmlichen Gehältern auch so bescheidene Gaben wie Kühlschränke und Schallplatten nicht verschmähen. Das Gefühl für erlaubt und verboten ist weitgehend abhanden gekommen. Minister empfinden nichts dabei, sich von Interessenten zu ihrem 60. Geburtstag ein Warenlager schenken zu lassen, das allein sie zu vermögenden Männern machen könnte. Der Amtrats Thiede vom Beschaffungsamt in Koblenz (1 700 DM Gehalt), der sich nach diesen Vorbildern zu seinem 40. Dienstjubiläum einen Wagen voll Geschenke überreichen ließ, kam unter anderem auch dafür in das Zuchthaus. Auch wenn ihm nicht pflichtwidriges Handeln nachzuweisen gewesen wäre, hätte das genügt, um aus dem Amt zu fliegen. Mit gutem Grund darf ein Beamter keine Geschenke annehmen, es sei denn, seine oberste Dienstbehörde genehmigt es. So steht es im Beamtengesetz. Der Leiter eines Finanzamtes, der zu Weihnachten eine Kiste Wein von einem reichen Steuerzahler annimmt, ist die längste Zeit Chef eines Finanzamtes gewesen, auch wenn er dem Mann keine nachweislichen Vorteile gewährt hat. Mit Recht.

Offenbar gilt das nur für die kleinen Leute, denn der "Deutschland-Union-Dienst", der sich anlässlich des ersten Koblonzer Prozesses für Sauberkeit im Staatsdienst stark machte, schweigt bis jetzt. Wenn man neun Jahre an der Macht ist, weitet sich das Gewissen. Dennoch, einige Minister sollten in diesem Jahre nicht so schnell in Urlaub gehen. Sie werden peinliche Fragen der Opposition zu beantworten haben.